[illegible]

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.

Gegründet 1851. Photographie. G. Chr. Hahn, Dresden, Waisenhausstr. 34, und Sebnitz. Mehrfach prämiirt. Momentaufnahmen bei jeder Witterung. Vergrösserungen etc. etc. Civile Preise.

W. Höffert, Kgl. Sächs. u. Kgl. Preuss. Hofphotograph, Dresden, Kaufhaus, Seestrasse No. 10. Hannover, Hamburg, Leipzig.

Neue elegante Herren-Anzugs- und Paletotstoffe J. Unbescheid & Söhne. Billige feste Buckskins zu Knabenanzügen. Neue Regenmäntel-Stoffe für Damen. Schreibergasse 21.

Normal-Hemden und Hosen, Tücher, Unterhosen und Leibjacken, Jagdwesten, Damen-Röcke, Handschuhe, Beinlängen, sowie Garne, Strumpf- u. Wollwaaren in grösster Auswahl bei en gros Clemens Birkner en detail Schreibergasse 19 u. Pillnitzerstrasse 3.

Die Tapisserie-Manufactur C. Hesse, Kgl. Hoflief., Dresden, Altmarkt, hat seinen grösseren Posten fertiger Rococo- und unbestickter Canevasstoff-Decken, unter Herstellungspreis, zum Ausverkauf gestellt.

Nr. 311. 29. Jahrgang. Auflage: 40,000 Expl. | Aussichten für den 6. Nov.: Mäßiger Südwestwind, veränderliches, trockenes, etwas wärmeres Wetter. | Dresden, 1884. Donnerstag, 6. Nov.

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden

Wahlschmerzen! In über einem Viertel sämmtlicher Wahlkreise durchwühlen sie den Volkskörper. Aechzen und Stöhnen überall. Diese Stichwahlen versetzen den Wählern förmliche Wahlstiche. Ist kein Schweninger da, der mit seiner Wunderkur die Wahlschmerzen heilt? Nein, Jeder muß sein eigner Arzt sein. Höchstens können Patriotismus und Einsicht die richtige Seelendiät verschreiben. Verzicht auf weitergehende Wünsche, um Schlimmeres zu verhüten, Selbstbeschränkung auf das jetzt noch einzig Erreichbare, müssen die Entschlüsse der reichstreuen Parteien leiten. Praktische Politik treibt man nicht mit Gefühlen; unser ganzes öffentliches Leben beruht auf Compromissen; Ab- und Zuneigungen müssen zurücktreten vor höheren, allgemeinen Gesichtspunkten. Die erste der Stichwahlen geht bereits heute vor sich und zwar in Darmstadt, wo ein liberaler Bierbrauer Ulrich mit einem sozialdemokratischen Bildhauer Müller zu ringen hat. Hier haben die Deutsch-Freisinnigen den Ausschlag zu geben. Die Wahl kann ihnen nicht schwer fallen. Peinlicher fällt jedenfalls der Entschluß den Nationalliberalen in Frankfurt und in Hannover. Dort steht der Demokrat Sonnemann mit dem Sozialdemokraten Sabor zur Stichwahl. Seitens der letzteren Partei ist es zwar die blankeste Undankbarkeit, daß sie Herrn Sonnemann aus seinem 4 Wahlperioden innegehabten Kreise verdrängen will. Aber was gilt die Dankbarkeit in der Politik? Selbst die directe und indirecte Unterstützung, die Sonnemann in seiner Frankfurter Zeitung der Sozialdemokratie von jeher zu Theil werden läßt, selbst die Duzbrüderschaft mit Bebel hat ihn nicht vor der sozialdemokratischen Bedrohung seines Frankfurter Mandates geschützt. Man wird zugestehen, daß reichstreue Wähler da eine Art Folter durchzumachen haben: Sonnemann oder Sabor? Herzhaft und durchgreifend erklärten sofort die Katholiken: Wir geben niemals einem Sozialdemokraten unsere Stimme, wir wählen Sonnemann. In ähnlichem Sinne spricht sich der von Konservativen und Nationalliberalen unterzeichnete Wahlaufruf aus: die hervorragendsten Vertreter des Frankfurter Handelsstandes, der Industrie und des Gewerbes empfehlen die Wahl Sonnemann's, um eine volkswirthschaftliche Kapazität dem Reichstage zu erhalten. An der Eigenschaft Sonnemann's als Jude nehmen sie keinen Anstoß, zumal sich dieser in der Kolonialpolitik sehr vortheilhaft von den Deutschfreisinnigen unterschieden hat. Der oberste Gesichtspunkt jedoch ist: kein weiterer Sozialdemokrat soll in den Reichstag. Die Ordnungsparteien Frankfurts stoßen sich nicht daran, daß Sonnemann in seiner Zeitung den Konservativen und Liberalen immer sehr übel mitgespielt hat — es ist Alles vergessen, um des höheren Zwecks willen. Genau so denken die Nationalliberalen in Hannover. Diese sind vor den einzig dastehenden Fall gestellt, zwischen dem Welfen Brül und dem Sozialdemokraten Meister zu wählen. Es giebt wohl kaum eine Untugend, die sich im Laufe der Jahre die Welfen und Liberalen nicht gegenseitig vorgeworfen, oft auch wohl angedichtet haben, und nun sollen die Liberalen einem Welfen, diesem Inbegriff aller Niederträchtigkeit, ihre Stimme geben? Einem Geheimrath Brül, der mit Windthorst in Gmunden beim Herzog von Cumberland als vertrautester Rathgeber weilt? Und doch geschieht es. Den Liberalen erscheint ein Sozialdemokrat für das Reich tausendmal gefährlicher als ein Welfe und sie werden für ihn trotz alledem und alledem die Zettel in die Urne werfen.

Vielleicht erfahren die Leser an einer anderen Stelle des heutigen Blattes schon, wie der künftige Präsident der Vereinigten Staaten heißt: Blaine oder Cleveland? Am 4. Nov. fand in der Republik die Wahl der 401 Elektoren (Wahlmänner) statt, die am 4. December dann den Präsidenten selbst zu wählen haben. Die Elektoren sind zwar nicht durch die Verfassung selbst, wohl aber durch den Brauch verpflichtet, 4 Wochen später sich für denjenigen Kandidaten auszusprechen, dessen Partei sie selbst am 4. November erwählt hatte. Jeder der 38 Staaten der Union wählt für sich allein eine Liste von Elektoren; daher kommt es, daß sämmtliche Elektoren eines Staates nur einer Partei zufallen können; die Minoritäten der anderen Partei in den einzelnen Staaten fallen ganz unter den Tisch. Je nach ihrer Bevölkerungsziffer wählen die Einzelstaaten verschieden viel Elektoren; Nevada, Colorado, Oregon z. B. wählen nur je 3, Illinois 22, Ohio 23, New-York gar 36 Elektoren. Wer von den 401 Elektoralstimmen die absolute Mehrheit, also 201, auf sich vereinigt, zieht am 4. März als Präsident in das Weiße Haus zu Washington ein. Alle 15 Südstaaten, die zusammen 153 Stimmen haben, wählen den Demokraten Cleveland; der Republikaner Blaine kann mit Sicherheit nur auf 116 Stimmen zählen. Von den zweifelhaften Staaten sind die wichtigsten New-York, Ohio und Indiana; hier machten die Parteien die riesigsten Anstrengungen, diese Staaten zu gewinnen. Die im October in Ohio vorgenommenen Staatswahlen, die als Barometer für die vorgestrigen Elektoralwahlen gelten, sind zwar für die Republikaner siegreich ausgefallen, jedoch nicht in dem Grade, daß die Sache entschieden wäre. Unter 780,000 in Ohio abgegebenen Stimmen hatten die Demokraten blos mit 13,000 die Mehrheit und auch diese nur infolge der selbst in Amerika bisher unerhörten Einschüchterungen und Fälschungen. Die herrschende republikanische Partei griff, um sich an den Staatskrippen zu erhalten, zu den verzweifeltsten Mitteln. Es mochte noch angehen, daß die 125,000 Bundesbeamte, welche der am letzten Male siegreichen republikanischen Partei ihre Stellen verdanken, gezwungen wurden, zu den jetzigen Wahlunkosten procentuale Beiträge abzuführen. Die mit Regierungs-Lieferungen und Staatsbauten Bedachten mußten ebenfalls zu den Wahlkosten verhältnißmäßig beisteuern; sie hielten sich nun wieder rückwärts an ihre Unterlieferanten. Charakteristisch ist, daß der amerikanische Gesandte in Frankreich, Norton, der vor 4 Jahren 1/4 Mill. Dollars für die Wahl Garfield's ausgab, um sich dadurch die Ernennung als Finanzminister zu sichern (er mußte sich aber mit dem diplomatischen Posten in Paris begnügen) eigens Urlaub genommen hat, um abermals für die Wahl eines Republikaners als Präsidenten zu agitiren, der ihn später durch ein anderes fettes Staatsamt entschädigen soll. Durch solche Mittel sind die Republikaner in den Stand gesetzt, das Geld mit vollen Händen auszustreuen und Tausende von Stimmen zu kaufen. Noch verwerflicher ist aber Folgendes. Nach Niederwerfung des Aufstandes der Südstaaten wurde das Institut sog. „Bundesmarschälle" geschaffen, welche nach dem Süden entsendet wurden, um das Wahlrecht der freigewordenen Neger zu schützen. Aus dieser an sich ganz löblichen Einrichtung hat die Herrschsucht der Republikaner geradezu eine Tyrannengeißel geflochten. Sie schwingen sie jetzt auch über die Nordstaaten, an die bei der Einsetzung der Bundesmarschälle Niemand gedacht hatte. So wurden über Ohio 9000 „Bundesmarschälle" angeblich zur Ueberwachung der Wahlen losgelassen. Diese Beamten sind größtentheils aus dem gewissenlosesten Gesindel der großen Städte aufgelesen; ihr Terrorismus schüchtert die demokratischen Wähler an den Urnen ein und öffnet jeder Betrügerei Thor und Thür. Sie sind mit den außerordentlichsten Vollmachten ausgerüstet. Wegen Amtsmißbrauchs können sie nur vor dem Bundesgericht belangt werden, dort kommt die Klage viel zu spät und die Marschälle gehen selbstverständlich frei aus. Gegen diese Bundesspitzel vor den Bundesgerichten Klage in einer Republik zu erheben, hieße den Teufel bei seiner Großmutter verklagen. Sie jagen Hunderte von Wählern der Gegenpartei von den Urnen hinweg, unter nichtigen und schändlichen Vorwänden; sie fälschen die Wahlergebnisse ganz offen. Wie weit ihnen dies wiederum jetzt gelungen ist, wird bald der elektrische Funke herübergeblitzt haben. Angesichts solcher Wahlagitationen, Einschüchterungen und Fälschungen dürfen wir Deutschen aber auch nach dem jetzigen heftigen Reichstagswahlkampfe, ohne alle Pharisäerei bekennen, daß wir doch die reinen Waisenknaben sind. Wir wollen's auch bleiben.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." vom 5. Novbr.

Berlin. Der Kaiser hatte eine ziemlich gute Nacht und fühlt an der kontusionirten Schulter nur bei Bewegungen Schmerzen. — Die Kaiserin hat sich Nachmittags von Baden-Baden zu mehrwöchentlichem Aufenthalt nach Koblenz begeben.

Berlin. Kaiser Wilhelm arbeitete von Mittwoch Vormittags 9 Uhr an zunächst allein und empfing sodann den Hofmarschall Grafen Perponcher zum Vortrage.

Berlin. Der Werkführer einer Fabrik in Alt-Moabit, verheirathet und Vater zweier Kinder, der ein Verhältniß mit einer Confektioneuse unterhielt, hat sich heute früh sammt seiner Geliebten in deren Wohnung vergiftet, weil er die Scheidung nicht durchsetzen konnte.

Elberfeld. Der Vorstand der deutschfreisinnigen Partei Elberfelds lehnte die Unterstützung des Kandidaten der nationalliberalen und freikonservativen Partei, Dr. Fabri, gegen den sozialdemokratischen Kandidaten bei der morgigen Stichwahl ab.

London. Das Unterhaus nahm den Antrag Gladstone's an, nach der Adreßdebatte während des Monats November jeder Reformbill den Vorrang vor allen anderen Anträgen zu geben. Bei Diskussion des Berichtes über die Adresse beantragt Bartlett ein Amendement zu Gunsten einer stabilen civilen Regierung in Chartum. Lord Fitzmaurice lehnte es jedoch ab, auf diese Frage einzugehen, deren Erörterung bei der Kreditvorlage zweckmäßiger sei. Die Errichtung einer stabilen Regierung gehöre zu den Aufgaben, die in den Instruktionen Wolseley's enthalten sei. Dieser wendet der Frage eine ernste Aufmerksamkeit zu. Das Amendement wurde abgelehnt und in zweiter Lesung die Adresse mit 134 gegen 18 Stimmen angenommen.

London. Nach hier eingegangenen New-Yorker Meldungen ist der demokratische Kandidat Cleveland als Sieger aus heißem Kampfe hervorgegangen. Die Staaten New-York, Newjersey, Connecticut, Indiana und Kalifornien wählten sowie bis jetzt bekannt, demokratische Elektoren, wenn auch mit kleinen Majoritäten. Der Wahlkampf war äußerst scharf. Die New-Yorker Journale mit Ausnahme der fanatischen republikanischen gestehen die Wahl Clevelands ein. Die Bedeutung des Resultates ist für die Vereinigten Staaten eine ungeheuere, denn zum ersten Male seit 24 Jahren, seit der Erwählung Abraham Lincoln's tritt wiederum ein demokratischer Präsident an die Spitze der Republik. Ein gewaltiger Umschwung aller inneren Verhältnisse Nordamerikas ist damit unmittelbar bevorstehend.

Kairo. Hieher gelangte Privatnachrichten bestätigen die Gerüchte von der Einnahme Chartums durch die Insurgentenschaaren des Mahdi. General Gordon soll seit 8. October gefangen sein. Ueber das Schicksal des österreichisch-ungarischen Konsuls Hansal liegen keinerlei Nachrichten vor.

New-York. Nach den bis jetzt vorliegenden Nachrichten ist das Ergebniß der im Staate New-York für die Präsidentenwahl vorgenommenen Wahlmännerwahlen noch zweifelhaft, nach einzelnen Anzeichen zu schließen, scheint es aber, als ob die Demokraten gesiegt hätten. Um 6 Uhr Morgens betrug die Majorität der in der Stadt New-York zu Gunsten Cleveland's abgegebenen Stimmen 43,000, hierzu die Stimmen aus Kings County und den benachbarten Distrikten gerechnet, dürfte die demokratische Majorität etwa 63,000 Stimmen betragen. Von demokratischer Seite wird hervorgehoben, daß dieses Resultat die Majorität aufwiegen werde, welche zu Gunsten Blaine's in den Städten des innern Landes abgegeben worden sein werden.

New-York. Die Südstaaten wählten demokratisch. Bei den Wahlen kamen keine Ruhestörungen vor, dagegen fanden gestern Abend in Cincinnati blutige Zusammenstöße statt, wobei mehrere Personen getödtet und verwundet wurden. Die Republikanischen haben die Majorität in der Staatslegislative New-Yorks und werden deshalb einen republikanischen Senator in den Kongreß wählen können. Die Wahlresultate aus den Weststaaten laufen nur langsam ein.

New-York. Die Anhänger Cleveland's verbreiten, daß nach den vorliegenden Wahlnachrichten bereits die Majorität der gewählten Elektoren für Cleveland ist.

Shanghai. Nach hier eingegangenen Nachrichten aus Peking sind dort Gerüchte verbreitet, nach welchen die Abtretung Formosas an Frankreich auf 20 Jahre behufs Abschlusses des Friedens beabsichtigt wäre. 21 Mandarinen hätten sich für den Vorschlag, Frieden zu schließen, ausgesprochen, der Vater des Kaisers sei indessen dagegen. Der französische Generalkonsul in Tientsin ist hier eingetroffen, um mit Patenotre zu konferiren. In Peking ist eine Anleihe im Betrage von 5 Millionen Taels aufgenommen worden. — An den Kimpai- und Futchu-Pässen sind Torpedos gelegt worden. Die Absperrung eines Theils des Woosung wird fortgesetzt. Die Nachricht von der Entsendung von Kriegsschiffen nach Formosa bestätigt sich nicht.

Berliner Börse. Die Kourse, welche in der gestrigen Nachbörse doch erheblich herabgegangen waren, befestigten sich heute auf Grund günstiger Wiener Meldungen. Namentlich der Schluß war fest. Spekulative Banken animirt, besonders Kreditaktien auf Gerüchte von der Uebernahme der Pester Stadtanleihe. Deutsche Bahnen ruhig, Mecklenburger bevorzugt, Ostpreußen und Marienburger matter. Für österreichische Bahnen bestand kein Interesse. Spekulative Bergwerke sehr fest. Fremde Renten still, Russen und Serben schwächer. Auf dem Kassamarkte war es still, Tendenz meist fest, besonders für Banken. Oesterreichische Prioritäten abgeschwächt.

Frankfurt a. M., 5. November. Credit 246⅞, Staatsbahn 250⅝, Lombarden 120⅝, 60er Loose —, Oesterr. Silberrente —, Papierrente —, Galizier 227, Oesterr. Goldrente —, 4% Ung. Goldrente 74½, 77er Russen —, 80er Russen —, 2. Orientanleihe —, Neueste Ungar. Goldanleihe —, 3. Orientanleihe —, Ungar. Papierr. —, Disconto —, Egypter 66¼, Gotth.-B. 202¼, Serben —. — Fest.

Wien, 5. November. Credit 296,10, Staatsbahn 299,90, Lombarden 147,60, Nordwestb. 174,20, Marknoten 59,80, Ung. Goldr. 293,75, Elbethal —. Flüssig.

Paris, 5. Novbr. Schluß. Rente 78,80, Anleihe 108,20, Italiener 98,70, Staatsbahn —, Lombarden 316,25, do. Prioritäten —, Egypter 341,00, Ung. Goldrente —, Spanier 59,63, Ottomanen 604,00, [illegible] —. Unentschieden.

London, 5. November, Vorm. 11 Uhr 10 Min. Consols 100⅛, 1873er Russen 95⅝, Italiener 95, Lombarden 12⅞, Türken 8⅛, 4% fund. Amerikaner 125½, 4% Ungar. Goldrente 77⅛, Oesterr. Goldrente 85¾, Preußische Consols 102¾, Egypter 65, Ottomanbank 13⅛, Suez-Actien 75¼. — Stimmung: Fest. — Wetter: Warm.

Stettin, 5. November, Nachm. 1 Uhr. (Getreidemarkt.) Weizen fest, loco 136–153, pr. November-December 152,00, pr. April-Mai 165,50. Roggen fest, loco 131–135, pr. November-December 136,00, pr. April-Mai 138,00. Rüböl still, 100 Kg. pr. November-December 50,00, pr. April-Mai 51,70. Spiritus still, loco 43,90, pr. November 44,00, pr. November-December 44,00, April-Mai 46,50. Petroleum loco 8,40.

Breslau, 5. November, Nachm. (Getreidemarkt.) Spiritus pr. 100 Liter 10 Proc. pr. November 43,10, pr. November-December 43,10, pr. April-Mai 45,10. Weizen pr. November 152,00. Roggen pr. November 136,50, pr. November-December 131,00, pr. April-Mai 137,50. Rüböl pr. November 50,50, pr. November-December 50,50, April-Mai 51,50. Zink fest. — Wetter: Trübe.

Lokales und Sächsisches.

— Dem „Berl. Fr. Bl." zufolge wird demnächst Se. Maj. der König Albert einige Beamte seines Hausministeriums nach Braunschweig entsenden, um vom Regentschaftsrath oder den dortigen Testamentsvollstreckern aus dem Nachlaß des Herzogs Wilhelm von Braunschweig die ererbten Liegenschaften zu übernehmen.

— Obersteueraufseher Starke in Schneeberg erhielt das Albrechtskreuz.

— Heute Abend soll von den Stadtverordneten die 11. bez. 12. besoldete Rathsstelle besetzt werden. Man darf neugierig sein, ob diesmal wiederum der neue Rath Dresdens von auswärts geholt werden muß, was in einer so großen Stadt wie Dresden immer einer Art Armuthszeugniß gleichkommt. Nicht, daß von auswärts nicht vorzügliche Beamte auch für hier kommen könnten, daß man sich aber über keinen geeigneten Mann in Dresden selbst für solche Stellung zu einigen vermag, das ist wunderlich. Unter den neulichen Bewerbern befanden sich hiesige Herren — aber ein Fremder wurde gewählt. Auch diesmal ist der hiesige Herr Stadtschreiber Wilisch unter den Kandidaten, ein gediegener Mann, der die Verhältnisse der Stadt kennt, ferner hören wir, daß auch Herr Handelskammersekretair Steglich sich bewirbt, wie noch zwei oder gar mehrere hiesige Persönlichkeiten —; wie gesagt, man ist in der Bewohnerschaft doch neugierig, woher man diesmal einen guten Rath holen wird!

— Nach einer vorläufigen Zusammenstellung, die von der vollen Wirklichkeit nur wenig abweichen wird, sind im Königreich Sachsen bei der Reichstagswahl am 28. October im Ganzen etwa 333,000 Stimmen abgegeben worden. Von dieser Stimmenzahl entfallen etwa 205,000 auf die gesammten Ordnungsparteien, 128,000 auf die sozialdemokratische Partei. Damit hat letztere Partei wieder, nachdem sie 1881 um 40,000 Stimmen zurückgegangen war, ihren Bestand von 1877–1878 erreicht. Die 205,000 Stimmen der Ordnungsparteien vertheilen sich mit etwa 83,000 Stimmen auf die konservative Partei, mit etwa 82,000 Stimmen auf die Nationalliberalen und ihre von den Konservativen mit unterstützten Kompromißkandidaten, endlich mit etwa 40,000 auf die deutschfreisinnige Partei. Von größeren Städten Deutschlands zeigt außer Dresden nur noch Stuttgart einen Rückgang der Sozialdemokratie.

— Zwei Brüder binnen wenigen Tagen durch den Tod zu verlieren, dies herbe Schicksal hat den Landtagsabgeordneten Fabrikant Curt Starke in Mittweida dieser Tage betroffen. Am 30. October starb sein älterer Bruder, der frühere Hauptmann Dr. Otto Starke, später gleichfalls Landtagsabgeordneter, zuletzt Königl. Forstrentamtmann in Pirna. Den lebenslustigen und kräftigen Mann raffte eine Kopfrose binnen wenigen Tagen hinweg. Er wurde in Wurzen beerdigt, wo sein Schwiegersohn, der bekannte Großindustrielle Krietsch, lebt. Die trauernden Familienangehörigen waren in Wurzen am Abende der Beerdigung im engsten Kreise versammelt, als auf einmal der jüngste der 3 Brüder Starke, Max, ein Fabrikant aus Hirschberg in Schlesien, der zur Beerdigung seines Bruders nach Sachsen gekommen war, vom Herzschlag getroffen vom Stuhle auf den Boden sank — ebenfalls eine Leiche. Man kann sich die Bestürzung der Familie und den Schmerz des überlebenden Bruders, der binnen 5 Tagen zwei rüstige Brüder verloren, denken.

— Immer mehr und mehr fällt der Schleier, in welchen sich schon seit einer Reihe von Jahren das Treiben einer gewissen Sorte von Agenten und Spekulanten der Residenz hüllte, von denen man in den weiteren Schichten des Publikums schon längst überzeugt war, daß Treue und Glauben zu dem überwundenen Standpunkte zählte, daß aber gleichwohl der Arm der Gerechtigkeit nicht lang genug war, die schlauen Ehrenmänner zu fassen. Was auf diesem Gebiet geschwindelt und betrogen ist, dringt jetzt immer mehr vor den Staatsanwalt und die Oeffentlichkeit, seitdem mittlerweile der engelgleiche Träger eines sehr poetischen Namens während der Untersuchungshaft durch Selbstmord aus dem Leben schied, und ein anderer würdiger Vertreter der ausbeutungslustigen Agentenwelt dem Staatsanwalt zugesendet wurde. Diesen Herren und anderen gleichgesinnten Seelen, die gegenwärtig schon bei den Statistiken für die Gefängniß-Anstalten mit berücksichtigt werden müssen, ist in den letzten Tagen ein gewisser Trost insofern erwachsen, als es der Kriminal-Behörde gelungen ist, ein förmliches Nest von unsauberen Elementen aus der Agenten- und Spekulantenbranche, demnach würdigen Genossen der Vorgenannten, auszunehmen. Sobald sich das Dunkel der Haftursachen ein wenig gelichtet haben wird, kommen wir eingehender auf die betreffenden Fälle zurück, vorläufig möge nur konstatirt sein, daß sich unter den Inhaftirten ein Brüderpaar Z. mit befindet, das nicht nur betrügerischer und diebischer Manipulationen, sondern auch der Verleitung zum Meineid verdächtig sein soll. Auch ein Herr M., der anscheinend das Uhrmachergewerbe nur als nebensächliche Erwerbsquelle betrachtet hat, ist in dem bekannten unfreiwilligen Asyl auf der Mathildenstraße auf unbestimmte Zeit einquartirt worden.